

Schaffung von mehr studentischem Wohnraum

Gemeinsame Erklärung der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung sowie der Arbeitsgruppe Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen der SPD-Bundestagsfraktion

14.09.2018

Die Zahl der Studierenden ist in den letzten zehn Jahren stark angewachsen. Der Ausbau von Wohnheimplätzen für Studierende ist aber nicht in gleicher Geschwindigkeit mitgewachsen. Zu Beginn des Semesters wird deutlich, dass gerade Studierende besonders vom Wohnungsmangel und steigenden Mietpreisen betroffen sind. Studentischer Wohnraum ist keine Geldanlage für Finanzinvestoren, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Studentenwerke sind ein verlässlicher Partner für den Bau und die Sanierung von Wohnheimen. Studentischer Wohnraum muss bezahlbar bleiben. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Schaffung von mehr Wohnheimplätzen ist daher zügig umzusetzen. Der Bund soll sich dabei als Akteur für studentisches Wohnen auch über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben einbringen. Der Wohngipfel der Bundesregierung ist gefordert, die Schaffung von Wohnheimplätzen für Studierende zu unterstützen. Unser Ziel ist es, die Unterbringungsquote wieder deutlich über die 10%-Marke zu heben. Damit wird ein Beitrag zur Entspannung der Wohnungsmärkte an Hochschulstandorten insgesamt geleistet.

Zur kurzfristigen Zwischenversorgung sind Bund, Länder und Kommunen gefordert, die Studentenwerke und Studierendenschafungen dabei zu unterstützen, die leider notwendigen provisorischen Unterkünfte bereitzustellen, Privatzimmervermittlungen und online-Wohnraumbörsen einzurichten, oder Wohnraum in nicht genutzten Unterkünften für Geflüchtete zu ermöglichen.